

Das europäische Sozialmodell



Jean-Marc Ayrault
Fraktionsvorsitzender der Sozialisten in der französischen Nationalversammlung

DIESER TEXT IST eine überarbeitete Fassung der Rede, die Jean-Marc Ayrault im Rahmen der Tagung der Friedrich-Ebert Stiftung "Sozialpolitik europäisch denken. Europäische Integration und nationale Sozialpolitik" am 29. Mai 2006 in Berlin gehalten hat.

Vor genau einem Jahr hat Europa seine bislang schwerste Prüfung erlebt. Zwei Gründerstaaten, Frankreich und die Niederlande, haben "Nein" zum Europäischen Verfassungsvertrag gesagt, obwohl ihre Regierungen und ihre Regierungsparteien diesen einstimmig unterstützt hatten. Politischer Schock, psychologisches Erdbeben. All die unausgesprochenen Probleme, die der Aufbau der Europäischen Union seit ihrer Gründung mit sich gebracht hat, kamen zutage. Ihre Schwächen wurden deutlich. Eine politische Lähmung hat alle ihre Entscheidungsprozesse erfasst.

Es geht hier nicht darum, die Geschichte zu diesem Referendum neu zu schreiben und erneut über ein Ja oder Nein zu debattieren. Nicht dass ich meinen Einsatz für den Verfassungsvertrag, der eine weitere Verankerung unserer Werte darstellt, leugnen möchte. Aber meines Erachtens kann

man nicht über die Fortentwicklung des europäischen Sozialmodells sprechen, wenn man nicht die tieferliegenden Gründe versteht, die zu dieser Krise geführt haben und nach Lösungen sucht.

I. Stand Der Europäischen Union

Zunächst muss man ehrlich sein und anerkennen, dass das Nein sowohl Ursache als auch Zeichen für die europäische Krise ist. Vor zwei Jahren hatte ich bei einer Tagung der Friedrich-Ebert Stiftung festgestellt, dass die vier Pfeiler, auf die sich das europäische Sozialmodell gründet, ins Wanken geraten sind: Die Eingliederung über die Arbeit wird durch die Massenarbeitslosigkeit und die Prekarisierung untergraben; die Förderung über die Bildung vermag die immer größer werdende soziale Ungleichheit nicht mehr zu stoppen, die Umverteilung über die Steuern wird durch Länder mit minimalen Steuerforderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union in Frage gestellt, das Gesundheits- und Rentensystem stößt aufgrund der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft und des wachsenden Ungleichgewichts zwischen erwerbloser und erwerb-

stätiger Bevölkerung an seine Grenzen.

Ich hatte ebenfalls hervorgehoben, dass sich eine Kluft zwischen Europa und den einfachen Bevölkerungsschichten aufgrund dieser rasanten und schlecht kontrollierten Entwicklung auftut.

Sie sind es, die am meisten von der Prekarisierung der Arbeit, der Verlagerung der Unternehmen ins Ausland, der Orientierung der Anlageinvestitionen hin zur Börsenspekulation und der Einschränkung des sozialen Netzes betroffen sind. Sie sind es, die am stärksten darunter leiden, dass der Sozialstaat, der sie gegen die unliebsamen Überraschungen des Lebens versicherte, immer weiter abgebaut wird. Man muss einfach anerkennen, dass die Erfolge Europas – der gemeinsame Binnenmarkt, die gemeinsame Währung – sich in ihren Augen nicht als reelle Chancen dargestellt haben.

Die Ablehnung der europäischen Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden zeigt ja genau diese Kluft. Eine einzige Zahl besagt alles: 80 % der Arbeiter und Angestellten in Frankreich haben "Nein" gestimmt. Und zum ersten Mal bei einer europäischen Abstimmung folgte ihnen hierin eine Mehrheit von Wählern aus der Mittelklasse.

Die doppelte Krise

Insbesondere in Deutschland wurde dieser Riss häufig auf eine spezifisch französische Identitätskrise zurückgeführt. Diesen Aspekt gibt es auch. Frankreich als Symbol einer Staatsnation muss mehr als andere Länder unter den Folgen

der Globalisierung und den von ihr durchgesetzten Deregulierungen leiden. Die französische Gesellschaft steht den liberalen Thesen äußerst abwehrend gegenüber, wie es der massive Widerstand gegen den "Contrat première embauche" (Ersteinstellungsvertrag) gezeigt hat.

Auch die Mitverantwortung der französischen Regierung darf nicht verschwiegen werden. Ihre fehlerhafte Führung und ihre schlecht geplanten, sozial ungerechten und unwirksamen Reformen haben die Probleme des Landes noch verschlimmert und in hohem Maße zum Misserfolg der Volksabstimmung beigetragen.

Aber eins möchte ich mit Nachdruck unterstreichen: Die Franzosen haben sich nicht in der Frage geirrt. Sie haben über Europa, über die weitere Entwicklung und über den Inhalt des Verfassungsvertrages abgestimmt. Sie haben dies in Kenntnis der Sachlage getan und nach einer Debatte, die unserer Demokratie zur Ehre gereicht.

Die Zukunft des Verfassungsvertrages

Ich erlaube mir ein paar Worte hierzu, um jegliches Missverständnis auszuschließen. Viele in Brüssel und in den europäischen Kanzlerämtern glauben, dass sich die Franzosen nach einer gewissen Zeit, einem Wechsel des Präsidenten in Paris und einigen marginalen Veränderungen des Textes bei einer erneuten Abstimmung für die Verfassung aussprechen würden. Der Innenminister und Präsidentschaftskandidat

Nicolas Sarkozy schlägt sogar vor, diese überhaupt nicht mehr zu befragen und stattdessen das Parlament entscheiden zu lassen.

Ich persönlich aber glaube nach wie vor, dass die Europäische Union einen Verfassungsvertrag braucht. Ich respektiere das Recht der 15 Staaten, die ihn ratifiziert haben und ihn damit beibehalten wollen. Ich gestehe ebenso den anderen das Recht zu, ihre Meinung zu äußern. Aber in der Politik muss man den Realitäten ins Auge schauen. Niemand kann ernsthaft glauben, dass man die Franzosen über den gleichen Text, mit den gleichen Argumenten ein zweites Mal abstimmen lassen kann. Niemand kann ernsthaft glauben, dass sie sich an der Nase herumführen lassen, wenn man ein paar Kunstgriffe hinsichtlich des Verfahrens anwendet.

Meine Landsleute haben aus drei Gründen, die absolut nicht zweitrangig sind, mit "Nein" gestimmt: Auf politischer Ebene wird die europäische Idee immer mehr verwässert; Europa ist unfähig, auf die durch die Globalisierung hervorgerufene wirtschaftliche und soziale Unsicherheit eine Antwort zu geben, die Erweiterungen der EU wurden schlecht vorbereitet, ihr Sinn der Öffentlichkeit schlecht vermittelt und so von dieser letztendlich nicht verstanden.

Die Verwässerung des politischen Projekts haben wir direkt vor unseren Augen. Sie zeigt sich in der Blockierung des Europäischen Rates, im Mangel an Initiativen, die diesen Namen verdienen, in der Abschottung der Länder, in einer Führungskrise, wie es sie seit der Gründung der

Europäischen Gemeinschaft noch nie gegeben hat.

Politik wieder gemeinsam gestalten

Bereits seit einigen Jahren haben Frankreich und Deutschland keine gemeinsame Vision mehr. Man trifft sich, man redet miteinander, man tauscht sich auch weiterhin aus. Aber das Feuer ist erloschen. Abgesehen von der gemeinsamen Opposition gegen den Irakkrieg verkümmern die positiven Impulse, die unsere beiden Staaten einst gaben, zu sinnentleerten Ritualen. Das zeigt sich auch im Zusammenhang mit der Zukunft des Verfassungsvertrages. Berlin versucht zu retten, was noch zu retten ist. Paris will zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Man könnte noch viele Beispiele für solche Meinungsverschiedenheiten anführen: die Steuerpolitik, die Unternehmensfusionen, das transatlantische Bündnis ... Frau Merkel hat in ihrer Rede im Bundestag deutlich gemacht, dass Deutschland diese Meinungsverschiedenheiten überwinden will und den europäischen Motor wieder ankurbeln möchte. Aber man wird die Wahl eines neuen französischen Präsidenten oder einer neuen französischen Präsidentin abwarten müssen, um auf neuen Fundamenten aufbauen zu können.

In diesem Zusammenhang glaubte England, dass sein Stündchen geschlagen habe. Die Rede von Tony Blair vor dem Europäischen Parlament verlieh ihm das Bild eines Neugründers, der bereit ist, an den Platz des alten deutsch-französischen Gespanns zu treten. Seine sechsmonatige

Präsidentschaft hat ausgereicht, um dies als eine Illusion zu entlarven. Indem er mit aller Macht an dem längst überholten Kampf um den "Brittenrabatt" festhielt, hat er gezeigt, dass die "Rule britannia" nach wie vor in der Downing Street einen größeren Stellenwert hat als die kontinentalen Ambitionen.

Diese politische Verwässerung hat auch noch tiefer gehende Wurzeln. Noch nie ist die Debatte über den Zweck der Europäischen Union wirklich zu Ende geführt worden. Noch nie hat Europa gewagt, seinen Platz und seine Rolle in der Welt zu definieren. Föderation oder Staatenbund? Zukünftige Macht oder lediglich Handels- und Kooperationsbündnis? Originelles Modell oder Randfigur der Globalisierung? Mangels einer gemeinsamen Vision der Mitgliedsländer wurde im Verfassungsvertrag zu keiner dieser Fragen eindeutig Stellung bezogen und damit der Widerstand aus ganz gegensätzlichen Lagern heraufbeschworen.

Welche Möglichkeiten bestehen also für uns?

Mein Eindruck ist, dass eine weitere europäische Vereinigung auf der Grundlage von großen Verträgen für lange Zeit auf Eis gelegt ist. Ich kann mir schlecht vorstellen, dass sich die Staaten über eine neue Verfassung einigen können, nachdem sie nur mit größter Mühe einen Kompromiss für den aktuellen Text gefunden haben.

Zunächst ist es vordringlich, dass der Europäischen Union die politischen Mittel in die Hand gegeben werden, die es ihr ermöglichen, wieder in Gang

zu kommen. Ich habe vorgeschlagen, dass der Europarat beschließen sollte, sich die institutionellen und politischen Abschnitte des Textes, über die Einstimmigkeit besteht, wieder vorzunehmen, um sie ratifizieren zu lassen. Ich kenne die Vorbehalte, die einige Mitgliedsländer, darunter Deutschland, gegen diesen Vorschlag haben. Aber die Europäische Union kann nicht weiter auf der Basis von Konsensverfahren arbeiten, die sie in allen wichtigen Punkten lähmen. Ich bin überzeugt davon, dass die einzige praktikable Lösung eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staatengruppen ist, durch die ganz konkrete Projekte angestoßen werden könnten: Industrie, Forschung, Schul- und Hochschulwesen, Weiterbildung und Energie. Ohne dieses neue politische Gerüst, ohne die Möglichkeit, dass einige Staaten von sich aus Initiative ergreifen können, muss sich Europa auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken, wie wir es im Zusammenhang mit dem Budget gesehen haben.

II. Ein Europäischer Sozialvertrag

Weiterhin ist es vordringlich, dass die Europäische Union wieder einen Kontakt zu ihren Völkern herstellt, ihnen beweist, dass sie ihre Versprechen hinsichtlich Wachstum und Arbeit halten kann. In diesem Bereich haben weder die Ideen noch die Projekte gefehlt: das "Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" von Jacques Delors, die europäische

Sozialagenda von Nizza, die Lissabon-Strategie, der Sapir-Bericht, Task Force. Alle sind aufgrund eines fehlenden politischen Willens tote Buchstaben geblieben. Der letzte Europäische Rat, der sich mit der Auswertung der vor 6 Jahren in Lissabon vereinbarten Wachstumsstrategie beschäftigt hat, stellt eine "Unfähigkeit, den Zeitplan und die festgelegten Ziele einzuhalten" fest. Was schlägt er vor, um dies zu ändern? Nichts – weder im Bereich der wirtschaftlichen Koordination, noch im sozialen Bereich und auch nicht hinsichtlich der Industrie. Zudem sind die für die Erreichung der Ziele veranschlagten Geldmittel lächerlich gering. Der Europäische Rat beschränkt sich lediglich darauf, den Mitgliedsstaaten zu empfehlen, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes weiter voranzutreiben und die Sozialsysteme an die veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Ich erkenne sehr wohl an, wie wichtig es ist, dass unsere Länder Anstrengungen unternehmen, um sich den tief greifenden Veränderungen in der Welt anzupassen. Ich gehöre zu denjenigen, die der Meinung sind, dass Frankreich unfähig war, die Eckpfeiler eines neuen Sozialvertrags festzulegen und dies das entscheidende Thema bei unserer nächsten Präsidentschaftswahl sein wird.

Allerdings muss zunächst Europa als Beispiel vorangehen und Willen zur Veränderung zeigen. Sich die nötigen Mittel geben, um, ich zitiere, zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der

Welt" zu avancieren. Die Reform des Euro-Stabilitätspakts war ein erster Schritt. Die Aktionsbreite, die dieser den Staaten je nach Wirtschaftszyklus gibt, stellt einen Anreiz für die öffentliche Investitionspolitik dar.

Notwendigkeit einer Reform der gemeinsamen Politik

Aber diese Reform bleibt unvollendet. Ich kämpfe dafür, dass die Eurozone Kern der europäischen Integration wird. Von ihr müssen die Anstöße ausgehen. Aus ihr muss ein Europa der Projekte, ein konkretes Europa hervorgehen! Was ihr fehlt, ist eine Koordination auf wirtschaftlicher Ebene, die es ermöglichen würde, eine Strategie zur Wachstumsunterstützung zu organisieren. Außerdem müsste sie ihre Prioritäten und Finanzentscheidungen vollständig reformieren. Jeder weiß, dass die Geldmittel der EU unzureichend sind. Jeder weiß, dass die gemeinsame Politik der EU nicht mehr den Anforderungen des weltweiten Wettbewerbs genügt. Wir verwenden 40 % des EU-Budgets für die Landwirtschaft und weniger als 10 % für Forschung und Bildung.

Die Überprüfung des Budgetrahmens im Jahr 2008 ist in dieser Hinsicht von großer Bedeutung. Alles muss komplett neu aufgerollt werden. Ohne Tabu. Die gemeinsame Agrarpolitik der EU ebenso wie der Britenrabatt. Die Höchstgrenze für die zu vergebenen Mittel ebenso wie deren Zuteilung. Die Beiträge der einzelnen Staaten ebenso wie die Ausgabe von Anleihen. Schauen wir nach Amerika,

nach Japan. Die Budgetpolitik steht ganz im Dienste der zukunftssträchtigen und Arbeitsplätze schaffenden Sektoren, die durch massive Investitionen gestützt werden: Hochschulwesen, Forschung, Industriepolitik, Infrastruktur. Solange die Europäische Union nicht ihre kleinlichen Dogmen hinter sich lässt, solange sie an einer überholten Politik festhält und solange sie nicht massiv in die Programme zur Förderung der Spitzentechnologie investiert, wird sie in Stagnation verharren. Es geht nicht darum, nach den Sternen zu greifen, sondern darum die bereits vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Ich habe diesen langen Umweg über die Politik und die Wirtschaft gemacht, weil diese die primären Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Union sind. Wenn in diesen beiden Bereichen keine Auswege gefunden werden, wenn es hier nicht zu konkreten Veränderungen der seit 20 Jahren verfolgten Politik kommt, wird es keinen sozialen Fortschritt und keine Versöhnung zwischen den Völkern geben.

Von der Virtualität zur Realität

Die Debatte, die wir mit Herrn Barroso vor einigen Monaten in der Nationalversammlung hatten, war in diesem Zusammenhang sehr aufschlussreich. Der Präsident der Europäischen Kommission hat ständig auf die Anstrengungen hingewiesen, die die Europäer unternehmen müssten, um im Zuge der Globalisierung mithalten zu können. Zu keinem Zeitpunkt tauchte in seiner Rede der Gedanke auf, dass sie

auf die Globalisierung Einfluss nehmen oder Alternativen anbieten könnte. Die meisten europäischen Regierungen teilen diese Resignation.

Viele der in den letzten Jahren verabschiedeten Richtlinien zur Arbeitszeit, zum Verkehr, zur Öffnung des Dienstleistungsmarktes haben die Deregulierung, den Wettbewerb und die Privatisierung begünstigt. Die gleiche Tendenz lässt sich in den Mitgliedsstaaten beobachten. Die vorgenommenen Reformen zielten in den meisten Fällen darauf ab, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen aufzuweichen und die Sozialrechte einzuschränken. Und allzu oft ist es eine soziale und politische Kraftprobe, wenn man akzeptablere Kompromisse erreichen will wie im Fall der viel diskutierten Bolkestein-Richtlinie. In diesem Zusammenhang möchte ich die Arbeit von Evelyn Gebhardt und der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament loben. Ihnen verdanken wir es, dass wir eine gute Einigung erzielen konnten.

Trotz dieses Vorstoßes glaubt die Arbeitswelt nicht an ein eigenes Sozialmodell für Europa. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union wurde zwar im Verfassungsvertrag im Bereich der Grundwerte der EU integriert, aber der Europäische Rat und die Europäische Kommission haben keine konkreten Maßnahmen unternommen, damit diese im täglichen Leben der europäischen Bevölkerung Anwendung findet. Weder der Sozialvertrag, noch die seit 20 Jahren versprochene Dienstleistungsrichtlinie wurden durchgesetzt. Ebenso wurde die

Umsetzung der Ziele der Lissabon-Strategie im Bezug auf den Abbau der Arbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung an die einzelnen Staaten delegiert, ohne dass die EU daran denkt, diesen dabei zu helfen. Und es wird nicht die Beibehaltung des Konsensverfahrens hinsichtlich dieser Fragen sein, die eine Verbesserung der Sachlage ermöglichen wird.

Schritte zu einer sozialen Aussöhnung

Bei diesem Thema gilt es mehr als bei allen anderen, dass Europa endlich aufhören muss, mit leeren Worten um sich zu werfen. Es müssen konkrete, spürbare Taten folgen. Vor zwei Jahren hatte ich eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die mir heute aktueller denn je erscheinen. Ich möchte hier die wichtigsten in Erinnerung rufen:

- Verwendung eines Teils der Strukturfonds für die Unterstützung von Programmen zum Kampf gegen die Armut und die Ghettoviertel.
- Schaffung eines sozialen Grundeinkommens für Europa, das für jedes Land in Abhängigkeit von der Entwicklung des BIP berechnet wird.
- Ausweitung der EU-Richtlinie über die Betriebsräte auf die Kontrolle der Umstrukturierungsverfahren, Fusionen und Auslagerungen.
- Schaffung eines Rechts auf lebenslanges Lernen, durch das der Berufsweg der Arbeitnehmer besser abgesichert wäre, indem

ihnen im Falle von Arbeitslosigkeit oder Betriebswechsel die Möglichkeit gegeben wird, sich an die neuen Umstände anzupassen.

- Verdopplung der Investitionen für die Universitäten, damit auf Hochschulebene ein europäisches Netzwerk auf der Grundlage von Kompetenzzentren eingerichtet werden kann
- Förderung der grundlegenden Arbeitsnormen in den internationalen Instanzen.
- Einführung einer EU-Steuer, die die nationalen Haushalte der Mitgliedsstaaten entlasten würde, für Solidaritätsprogramme verwendet werden könnte und eine Harmonisierung unserer Steuersysteme vorbereiten würde.

Diese Vorschläge haben nichts Revolutionäres. Sie müssen weder feierlich verkündet, noch in einem speziellen Vertrag festgehalten werden. Sie drücken einen politischen Willen aus, der die Arbeitnehmerschaft wieder zum Mittelpunkt des europäischen Einigungsprozesses machen will. Der ihr die Mittel in die Hand geben will, mit denen sie den tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen die Stirn bieten kann. Der ein Sozialmodell schafft, das etwas anderes zu bieten hat als die Einschränkung der Rechte.

Die Grenzen der Erweiterung
In diesem Zusammenhang muss man auch den Mut haben, in aller Offenheit Fragen zu den Erweiterungen zu stellen. Mir hat es sehr missfallen, wie die

Anhänger des Nein die Karikatur von dem "polnischen Klempner" schändlich ausgeschlachtet haben. Der Beitritt der Völker, die fünfzig Jahre lang unter der Knechtschaft des Kommunismus gelitten haben, war ein Muss. Wir schulden ihnen Solidarität, damit sie ihren Rückstand aufholen können. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die anderen. Aber welcher Art die Aversion auch sein mag, die man gegen solche Karikaturen hegt, wir müssen anerkennen, dass sie den Kern der Fragen treffen, die sich unsere Landsleute stellen. Wird das europäische Sozialmodell durch die Erweiterungen nach oben oder nach unten hin angepasst? Haben sie wirklich den Aufschwung in den neuen Mitgliedsländern gefördert oder die Schwächung des Sozialsystems in den anderen Ländern bewirkt?

Rein objektiv hat sich die Erhöhung des Lebensstandards in den neuen Mitgliedsländern für alle positiv ausgewirkt. Ihr Rückstand im Bereich Mindestlohn, Arbeitsrecht und soziale Gesetzgebung dagegen hat ein Ungleichgewicht in der Konkurrenz geschaffen und die Angleichung der Sozialschutzsysteme nach unten hin beschleunigt.

Lassen wir uns das eine Lehre sein. Man muss endlich den Mythos von einer endlosen Integration, bei dem eine Erweiterung eine andere nach sich zieht, aus der Welt schaffen. Gerade bei der Debatte um den Beitritt der Türkei wird es deutlich, dass unsere Völker hier nicht mehr mitkommen. Sie haben den Eindruck, dass Europa nicht mehr weiß, wo es

aufhört. Welche Sympathien ich auch für den Beitritt der Türkei hegen mag, dieser kann nicht stattfinden, bevor die aktuelle Erweiterung verdaut und über die Grenzen der EU debattiert wurde. Europa muss sich für die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, die zwischen den Mitgliedsländern bestehen, Zeit lassen und bereit sein, seine äußersten Grenzen festzulegen. Bei einem politischen Projekt müssen auch der Zusammenhalt und die Geographie berücksichtigt werden.

Herausforderungen für die Sozialdemokratie

Ich bin davon überzeugt, dass man die Verfassungsfrage nicht wieder aufgreifen kann, bevor man nicht auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und geographischer Ebene Klarheit geschaffen hat. Es geht hier um eine Aufgabe von historischer Tragweite: die Bewahrung und Erneuerung des größten politischen Projekts der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der Sozialdemokratie kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu. Von ihrem geschlossenen Auftreten, von ihrer Fähigkeit über die nationalen Interessen hinaus zu agieren, wird zu einem großen Teil der Neustart Europas abhängen. Wir dürfen keine Gelegenheit mehr verpassen, wie wir es im Jahr 2000 getan haben, als die Linke die Mehrheit im Europäischen Rat hatte. Dies gilt ganz besonders für meine Partei. Das Referendum hat uns gespalten. Aufgrund der fehlenden innerparteilichen Einigkeit konnten wir nie die Errungenschaften der Verfassung wirklich deutlich machen und vermitteln,

welche Möglichkeiten diese bietet, um neue Räume zu erobern.

Seit die Sozialistische Partei Ende letzten Jahres auf ihrem Kongress in Le Mans ihre Ziele zusammengefasst hat, haben wir nur noch den einen gemeinsamen politischen Willen, sowohl das Ja und als auch das Nein zu überwinden. Durch die Wahl unseres Präsidentschaftskandidaten kommt es noch zu einigen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Kerns unserer Doktrin. Aber unser Projekt und unser Kandidat werden sich in die europäische Dynamik, die ich gerade beschrieben habe, einfügen, und dies in Zusammenarbeit mit der europäischen Sozialdemokratie. Wenn die Glaubwürdigkeit und die Stellung meines Landes gegenüber seinen Partnern wiederhergestellt werden sollen, dann müssen wir sowohl in Frankreich als auch in Europa die gleichen Positionen vertreten.

Während des Referendums haben die Sozialisten und die Sozialdemokraten Seite an Seite gekämpft. Wir sind gegenüber den Wählern gemeinsame Verpflichtungen eingegangen: Konkretisierung der europäischen Beschäftigungspolitik, Erstellung eines Rahmengesetzes zu den Dienstleistungen, Förderung der Sozialpolitik. Seit dem Sieg der Linken in Finnland, Italien und Ungarn verfügt der Europäische Rat wieder über eine fortschrittlich denkende Mehrheit. Lassen Sie uns diese Gelegenheit nutzen! Setzen wir unsere Zusagen um! Legen wir kurz- und langfristige Perspektiven für die

Europäische Union fest! Wir dürfen nicht mehr enttäuschen. Wir müssen Ergebnisse erzielen.

Aus diesem Geiste heraus habe ich vorgeschlagen, dass sich alle Sozialisten und Sozialdemokraten der Europäischen Union zu einer Standortbestimmung zusammenfinden.

Es muss ein europäischer Neuanfang stattfinden. Die Grundlagen für ein Erneuerungsprogramm für die kommenden Jahrzehnte müssen gelegt werden. Eine neue Zukunft von den Völkern. Eine neue Zukunft für die Völker.